

**Rede
der Sprecherin für Erwachsenenbildung**

Dr. Thela Wernstedt, MdL

zu TOP Nr. 24

Erste Beratung

**Doppelhaushalt 2022/2023: Erwachsenenbildung in
Niedersachsen nach der Pandemie sichern -
Steigerung der Landesförderung verstetigen,
Risikofonds für die Erwachsenenbildung einrichten!**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/10015

während der Plenarsitzung vom 14.10.2021
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Die Corona-Zeit hat den Einrichtungen der Erwachsenenbildung viel abverlangt und ihre Existenz in Gefahr gebracht. In dieser Zeit waren die Akteure der Erwachsenenbildung in Niedersachsen - z. B. die Leitungen der Heimvolkshochschulen, die Vertreter der Verbände - jedoch in engem Kontakt mit den Abgeordneten des Fachausschusses und mit dem Wissenschaftsministerium. In diesem engen Dialog in den schwierigen Monaten ist es gelungen, passgenaue Hilfen zu erarbeiten und zur Verfügung zu stellen, sodass die Einrichtungen diese Krise überstanden haben.

Dazu zählte, dass die Finanzhilfe leistungsunabhängig fortgeführt wurde. Praxisnahe und flexible Abschlagszahlungen haben geholfen, keine Liquiditätsprobleme entstehen zu lassen, und wenn sie doch entstanden waren, haben einerseits ein Sonderfonds und andererseits ein Notfallfonds mit insgesamt 6,5 Millionen Euro geholfen, sie auszugleichen.

Auch wurden die Regeln zur Ermittlung der Finanzhilfe angepasst, um langfristige Folgen der Pandemie zu vermeiden. Betrachten wir die Ereignisse der Corona-Zeit einmal durch eine andere Brille, als es der Entschließungsantrag macht, dann sehen wir, dass gerade in der Erwachsenenbildung die schon lange von den Akteuren geforderte Digitalisierung der Angebote einen gewaltigen Sprung gemacht hat, so wie in den Schulen und Universitäten auch.

Das ist eine spannende und gute Entwicklung, die auch vom Land finanziell gefördert wird.

Ich erlaube mir, darauf hinzuweisen, dass wir mit der Einrichtung der Regionalen Grundbildungszentren in dieser Zeit eine Bildungsmöglichkeit für diejenigen geschaffen haben, die nicht oder nicht gut lesen, schreiben und rechnen können. Das betrifft übrigens auch Menschen, die ohne diese Kenntnisse nach Deutschland eingewandert sind. Die Grundbildungszentren sind uns als regierungstragende Fraktionen ein wichtiges Anliegen.

Uns als SPD-Fraktion und - wir haben es vom Kollegen Hillmer schon gehört - auch der CDU-Fraktion ist die Beibehaltung des im Entschließungsantrag genannten Haushaltsaufwuchses von 4,5 Prozent ein sehr wichtiges Anliegen. Das ist ein Thema beim Fortgang der Haushaltsverhandlungen, die wir erfolgreich abzuschließen gedenken. Aber noch sind sie nicht abgeschlossen.

Einige Einrichtungen der Erwachsenenbildung waren auch vor der Corona-Krise bereits in einem krisenhaften inneren Zustand. Das hat unterschiedliche Gründe, die mit den Trägern zu beleuchten sind. Ob es sinnvoll ist, mit einem Fonds solche Einrichtungen zu stützen, die tiefe strukturelle Probleme haben, muss im

Einzelfall betrachtet werden. Wir werden das im Ausschuss sicherlich noch ausführlicher miteinander erörtern.

Ich freue mich auf die Beratungen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.